WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

November 2012

Volkstrauertag: Gedenkstein in Rheinberg

(sh.Text Seite 3!)

Inhalt:

Volkstrauertag (S. 3)
Friedensnobelpreis und Vertreibung (S. 4)
Vom Jahrestreffen des Witikobundes (S. 5)
Bericht aus Brüssel (Protokoll usw. S. 7 - 10)
Spitzengespräch in Rumänien (S. 12)
In Berlin bahnt sich eine Katastrophe an! (S.11)
Bundespräsident Gauck in Tschechien (S. 11)
Interessantes in Kürze (S. 13 f.)
Tschechen als Kriegstreiber (Köcher, S. 14)
800 Jahre Goldene Bulle von Sizilien (S. 17)
Zur Europa-Strukturdebatte (Korkisch, S. 18)
Zur Biographie Heinz Ruthas (Volk, S. 19))
Gedenkfeier in Lauterbach (S. 22)
Zum 100. Geburtstag Walter Bechers (S. 23)
Und weitere interessante Beiträge passim!

Titelseite: Gedenkstein in Rheinberg, Foto Stadtarchiv Rheinberg

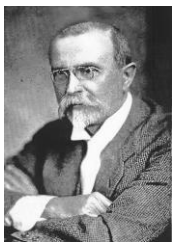
Letzte Meldung: Noch eine Katastrophe? (S. 12!)

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V
V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel/Fax: 09073-7284
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, J.S.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611);
e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de,
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München, Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70
(IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); Postbank München, Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80
(IBAN: DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF)
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Heimseite: www.witikobund.de

Späte Einsicht G.T.Masaryks


Masaryk

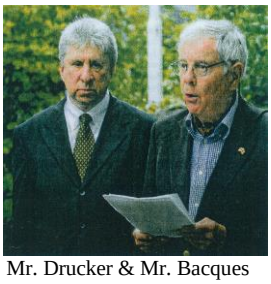
Am 28. Oktober 1928 sagte der (damals schon einflusslose) Masaryk: „Vor allem fällt ins Gewicht, daß unser Staat ein national und sprachlich gemischter Staat ist. Bei uns handelt es sich in erster Linie um unser Verhältnis zu unseren deutschen Staatsbürgern. Es gibt ganze Staaten, die nicht mehr Einwohner haben als diese, und unsere deutschen Mitbürger stehen auf einer hohen Kultur- und Wirtschaftsstufe. Das deutsche Problem ist eines der wichtigsten im Staat. Es ist Aufgabe der Majorität, die Minorität für den Staat zu gewinnen. Grundsätzlich bin ich für Autonomie, die parallel läuft mit einer natürlichen Zentralisierung der Regierung. **Ich muß ausdrücklich feststellen, daß ich Autonomiebestrebungen nicht als politische Opposition zum Staate auffasse.**“
(aus: Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, 1958, S. 248 f.)

Fundstücke:

1. Benesch urteilte über den Hitler-Stalin-Vertrag von 1939: „*Es war eine ziemlich rauhe Taktik, Hitler in den Krieg zu treiben*“ (Igor Lukes, The Munich Crisis 1938, London 1999, S. 40).
2. In Salzburg fand im Mai 1921 eine Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich statt. Von 104.000 abgegebenen Stimmen waren 103.000 (=99,03 %) dafür, 800 dagegen und 200 ungültig. Die deutsche Reichsregierung bat Österreich, von Abstimmungen dieser Art in weiteren Landesteilen abzusehen (Pilsner Tagblatt, 01.& 04.06.1921).
3. Der csl. Generalstab bestand 1924 aus 104 Offizieren. Darunter befanden sich 56 ehemalige aktive Offiziere der österreich-ungarischen Armee und 44 Ausländer, meist Franzosen (Pilsner Tagblatt, 15.3.1924).
4. Im Juni 1925 berichtete die tschechische Eisenbahner-Zeitung *Zeleznicni zrizenec* von einer 1910 in der Habsburg-Monarchie angeordneten Sprachprüfung, die aber wieder abgesetzt wurde, als die tschechischen Beamten dagegen protestierten (Pilsner Tagblatt, 2.7.1925).
5. Die sozialliberale Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hat ab 1977 „Grenzschutzanlagen“ der DDR mitfinanziert („Der Spiegel“, zitiert in der Süddeutschen Zeitung v. 26.4.1993, S. 2 ff.; Finder: A.T.Werner).

Volkstrauertag

Wenn sich im November der Jahreskreis allmählich schließt, kommen die Tage der Besinnung und des Gedenkens. Der kollektiven Erinnerung an die Kriegsopfer ist in Deutschland der Volkstrauertag gewidmet. Das nimmt der Witikobrief zum Anlaß, noch einmal der Toten der sogenannten Rheinwiesenlager zu gedenken. Von diesen gab es bei Kriegsende zwischen Büderich und Bad Kreuznach rund zwanzig, in denen rund eine Million deutscher Soldaten für mehrere Monate unter freiem Himmel zurückgehalten wurden. Auch in Rheinberg befand sich ein solches Lager mit etwa 130.000 Gefangenen. Alleine dort starben etwa 4000 Menschen. Ihre Grabstätten sind bis heute größtenteils unbekannt. Am früheren Eingang zu diesem Lager befindet sich ein Gedenkstein, an dem am 18. Juni 2012 eine Erinnerungsfeier stattfand. Sie erhielt ihre besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des pensionierten us-amerikanischen Majors Merrit Drucker und des Buchautors James Bacques. Beide nahmen zu den Vorkommnissen in dem Rheinwiesenlager Stellung. Die Rede Mr. Druckers lautete wie folgt:


Mr. Drucker & Mr. Bacques

An die Veteranen der Rheinwiesenlager

Ich bin aus Amerika hergekommen, um Ihnen eine Entschuldigung auszusprechen für die Behandlungen, die Sie erlitten haben, während Sie Gefangene der Vereinigten Staaten waren in der Zeit von April bis Dezember 1945.

Die Bedingungen, unter denen Sie gefangen gehalten wurden, waren barbarisch, unnötig, bewußt grausam und eine Verletzung der Genfer Konvention - der Grundrechte der Soldaten eines internationalen Abkommens, das unsere beiden Staaten unterzeichnet hatten.

Lassen Sie uns an diesem Tage ehrend gedenken
derer, die ihr Leben verloren haben,
derer, die als Vermißte in Gräbern ohne Kennzeichnung ruhen,
derer, die ihre Gesundheit verloren,
derer, deren Geist zerbrochen wurde,
derer, die ihre Familie, den Vater, den Sohn oder Bruder verloren,
derer, die ihr Leben verloren, als sie den Gefangenen halfen,
derer, die die Wahrheit über dieses Verbrechen geschrieben und gesprochen haben
und der Tapferkeit und des Durchhaltewillens der Überlebenden.

Die heutige Feier hier in Rheinberg, dem Ort meines Militärdienstes in Deutschland, soll dazu dienen, alle zu ehren, die in den Rheinwiesenlagern gefangen gehalten wurden. Der heutige Tag, der 18. Juni, ist das Datum, an dem die Britische Armee das Lager übernahm; es ehrt sie, dass sie sofort Maßnahmen ergriff, um das Leiden der deutschen Soldaten leichter zu machen.
Ich möchte, dass dies auch ein Tag der Erinnerung ist für jene deutschen Soldaten, die dem französischen Staat als Arbeitssklaven ausgeliefert wurden und für jene, die von der US-Armee den sowjetischen Streitkräften ausgeliefert wurden. Auch das waren tragische und ungerechte Schicksale, an die erinnert werden muss.

Viele Ihrer Kameraden, die heute nicht hier sein konnten, haben mir geschrieben und ihre Solidarität und die besten Wunsche ausgesprochen für alle, die heute hier versammelt sind.

Den deutschen Veteranen sage ich: Die Welt wird erfahren, was hier geschehen ist, und Ihr Schicksal und das Ihrer Kameraden wird nie vergessen werden.

Rheinberg, 18.6.2012
Merrit Drucker

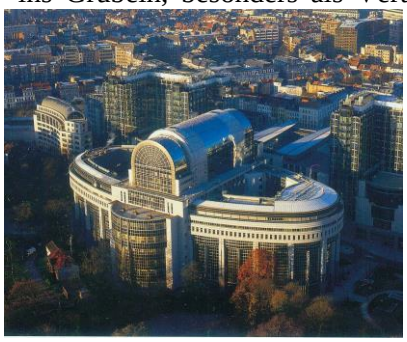
Friedensnobelpreis und Vertreibungsunrecht

Der Friedensnobelpreís 2012 wurde der „EU“ zuerkannt. Dieser Preis kann inzwischen als politischer Preis angesehen werden. Das Nobelpreis-Komitee riskiert dabei aber eine Minderung des mit dem Preis verbundenen Prestiges.

Es stimmt, daß die Europäer seit 1945 untereinander keinen Krieg mehr geführt haben. Einige Schönheitsfehler an der Friedensidylle sind aber unübersehbar. So hat Deutschland seit 1945 noch keinen ordentlichen Friedensvertrag und muß mit Artikel 139 GG. leben. Unterhalb der Kriegsschwelle konnte man oft auch bleiben, weil andere, freilich nicht immer sehr feine Mittel zur Verfügung standen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Schließlich gibt es eine ganze Reihe von Leuten mit Doppelfunktionen in EU und Nato. Wie kann man da vermeiden, daß das in Brüssel geehrte Personal auch in Nato-Militäreinsätze verwickelt ist?

Aus der Sicht der Vertriebenen

Nimmt man als Maßstab die Menschenrechte hinzu, kommt man über die Preiswürdigkeit noch mehr ins Grübeln, besonders als Vertriebener. So war es wahrlich keine Friedenstat, Staaten trotz menschenrechtsverletzender Gesetzgebung in die EU aufzunehmen. Die Begründungen dafür waren dünn und eher sophistischer Art, und es blieb der fade Beigeschmack, hier sollte unter dem Vorwand einer großen Idee das Unrecht früherer Jahre zementiert werden. Allerdings hätte die EU jetzt die Möglichkeit der Umkehr, wenn sie die kürzlich in Brüssel verhandelte Petition zweier ungarischer Staatsbürger gegen die Benesch-Dekrete ernst nähme und zum Erfolg führte (siehe Protokoll unten S. 8!).



Brüssel: Gebäude d. EU-Kommission

Eiskalter Formalismus

Die EU-Kommission denkt aber immer noch in alten Schablonen. Das zeigte kürzlich wieder die Antwort auf eine Anfrage des SL-Sprechers, Bernd Posselt. Die Kommission vertritt nach wie vor die Ansicht, daß die Vertreibung heute keine Rechtswirkung mehr entfalte, weil sie vor dem Beitritt der CR bzw. Polens zur EU erfolgte. Tatsache ist jedoch, daß die Vertriebenen immer noch fern ihrer Heimat leben müssen und immer noch unter dem Vorwurf kollektiven Landesverrats leiden. Darauf wurde auch am 20.9.2012 im Brüsseler Petitionsausschuß (sh. Protokoll unten, S. 8!) hingewiesen. Es gehe bei den Benesch-Dekreten um eine fortdauernde Menschenrechtsverletzungt, bei der „man tiefer schürfen müsse“. Schließlich sei die EU eine menschenrechtsbasierte Gemeinschaft. Gerald Häfner, MEP, B90/Die Grünen, ergänzte, daß Unrecht abzumildern und Verletzungen zu heilen seien.

Hoffnung aus Straßburg!

Vor dem Diktum der EU-Kommission darf man nicht kapitulieren. Es bringt uns nicht weiter, wenn es nur besserwisserisch nachgeplappert wird. Das ist wie beim Fußball. Man muß dorthin gehen, wo es weh tut. Richtig wäre, mit den Petenten in Brüssel an einem Strang zu ziehen und die EU-Kommission von der Fragwürdigkeit ihrer Haltung zu überzeugen. Die Zeichen stehen gerade günstig, denn der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) entschied kürzlich in Abweichung von früheren Urteilen (NZZ. 24.10.12), daß Rußland die Ermittlungen für zwölf in Katyn ermordete Polen wieder aufnehmen müsse, auch wenn diese Morde schon **vor** dem Beitritt Russlands zur Europäischen Menschenrechtskonvention (1994) geschehen seien. Die Opfer müssten die Chance der Rehabilitation haben. Das ist aber genau der Punkt, an dem die Heimatvertriebenen bisher stets scheiterten. Darauf muß man aufbauen! Wer erlöst die EU von ihrem menschenrechtspolitischen Defizit und macht sie zu einem geachteten Friedensnobelpreisträger 2012?

Nobelpreisreife?
In Brüssel gibt es 15.000 (!) Lobbyisten, die um Subventionen & günstige Gesetzesklauseln rangeln; wegen undurchsichtigen Geschäftsgebarens erteilt der EU-Rechnungshof seit 17 Jahren kein „Zuverlässigkeitszeugnis“ mehr. Schleichend drohen planwirtschaftliche Verhältnisse, Währungsverfall & Vermögensentzug. Zu bedauern sind Vertrags- und Rechtsbrüche, geringe Präsenz der Abgeordneten und fehlender Gottesbezug in der EU-Präambel mit der Folge säkularen & hedonistischen Selbstverständnisses!
Nobelpreiswürdig?

Vom Jahrestreffen des Witikobundes

Das Witiko-Jahrestreffen 2012 fand vom 05. bis 07. Oktober wieder in Haßfurt statt. Nach vier mJahren waren Vorstandswahlen fällig. Wahrscheinlich war der Wunsch, daran mitzuwirken, der Grund für einen deutlichen Anstieg der Teilnehmerzahl.
Am Freitagabend beriet der Vorstand seinen Wahlvorschlag für den folgenden Tag (Satzung § 10,5). Senatoren und Ortskreisvorsitzende waren an der Besprechung beteiligt. Dadurch konnten schon viele Fragen vorab geklärt werden, was am Wahltag selbst die Diskussionen wohltuend abkürzte.

Blick in den Versammlungsraum

Den Vorsitz bei der Mitgliederversammlung am Samstag übernahm Edmund Liepold, da Roland Schnürch krankheitsbedingt fehlte. Einem aufmunternden Lied folgten Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und die Totenehrung. Herausgehoben wurden die Namen unseres früheren Ehrenvorsitzenden Dr. Walter Staffa und Alfred Bäckers, Wien. Im Anschluß daran konnte Edmund Liepold selbst ein Buchgeschenk zu seinem 85. Geburtstag entgegennehmen. Zu den Präliminarien gehörte noch das Verlesen eines Grußwortes des sudetendeutschen Bischofs Dr. Gerhard Pieschl. Der genaue Wortlaut ist unten angefügt.
Der Jahresbericht des 1. Vorsitzenden lag in Schriftform vor und wurde verlesen. Friedebert Volk ergänzte ihn mit der Schilderung seiner Reise nach Brüssel zu einer Anhörung vor dem Petitionsausschuß der EU am 20. September 2012. Darüber folgt unten ebenfalls ein ausführlicher Bericht. Als Punkt vier der Tagesordnung wurde der Kassenbericht aufgerufen. Wie im Vorjahr hatte der Verein sparsam gewirtschaftet und einen Gewinn erzielt. Die Kassenprüfer lobten die exakte Buchführung und empfahlen, den Vorstand zu entlasten, was einstimmig bei Enthaltung der Betroffenen geschah.

Es folgte die Wahl des neuen Vorstandes. Die Wahl ergab folgendes Ergebnis:
Vorsitzender: Felix Vogt-Gruber (Gundelfingen); 1. Stellvertreter: Johann Slezak (München); 2. Stellvertreter(in): Erika Köcher (Leipzig); Kassenwart: Friedebert Volk (Usingen); Beisitzer: Claus Hörrmann (Neustadt, Sachsen), Edmund Liepold (Stadtlauringen), Prof. E.E. Korkisch (Saaldorf-Surheim), Wolfgang Richter (München).

V. links nach rechts: Der Referent des Nachmittags, Präsident Johann Böhm, der neue Vorsitzende Felix Vogt-Gruber und seine Stellvertreterin Erika Köcher

Die Kameraden Slezak und Richter wurden in Abwesenheit gewählt, hatten vorher aber ihr Einverständnis erklärt.
Der neue Vorsitzende dankte dem alten Vorstand, insbesondere Roland Schnürch, für die geleistete Arbeit und gab der Hoffnung auf gute Zusammenarbeit Ausdruck.

Leitthema Europa

Das Jahrestreffen stand unter dem Leitthema Europa, denn das Selbstverständnis des Bundes verlangte, die Schieflage der transnationalen Gemeinschaft EU zu hinterfragen. Vorgesehen waren am Samstagnachmittag zwei Referate und am Sonntag die Verabschiedung einer Resolution. Der erste Redner war der Bayerische Landtagspräsident a.D., Johann Böhm. Sein Thema lautete „Europa in der Krise“. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf staatsrechtlichen Fragen und beleuchtete die Vorteile eines Europas der Regionen. Die dem Referat folgende Aussprache erreichte hohes Niveau und rundete die Thematik ab. Zweiter Referent des Nachmittags war der „Böhme“ Jiri Blazek, der die Europafrage aus tschechischer Sicht darstellte. Er kam nicht um die Feststellung herum, daß die Aussicht auf Subventionen ein bestimmendes Motiv für den tschechischen EU-Beitritt war.
Der Samstagabend gehörte wieder vielen informellen und nützlichen Gesprächen im Kameradenkreis. Am Sonntagvormittag glänzte Hans-Ulrich Kopp mit einem vorzüglichen Vortrag über die inzwischen

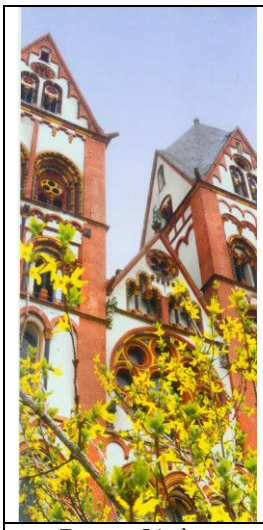
inflationären Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Gebäuden in Deutschland. Der Vortrag wird in einem vom Witikobund geplanten Sonderheft abgedruckt werden.
Nach dem Vortrag kam es zu einer Fortsetzung der Mitgliederversammlung vom Vortag. Neben einigen Anträgen von geringerer Tragweite verabschiedete die Versammlung ein von Kam. Alf Torsten Werner vorgelegtes Manifest zur Unterstützung der o.g. ungarischen Petition. Sodann beschloss die Mitgliederversammlung eine Resolution zur Europafrage (sh. diese Seite unten!). Zum Abschluß der Tagung ertönte das Lied „Kein schöner Land“.

Grußwort Bischof Gerhard Pieschls

an unseren Stellvertretenden Vorsitzenden Edmund Liepold:

Lieber und sehr verehrter Herr Liepold,
mit Ihnen grüße ich alle Damen und Herren des Witikobundes! Ich verbinde diesen Gruß mit den besten Wünschen für das Gelingen Ihres Treffens und auch mit Dank für Ihr Eintreten für das Wohl unserer Volksgruppe in der Vergangenheit. Gott gebe Ihnen allen festen Mut, klare Einsicht und unverbrüchliche Tapferkeit! Ihr Ihnen sehr verbundener Heimatfreund und sudetendeutscher Bischof *+ G. Pieschl*

Passend zu nebenstehendem Bild schrieb Bischof Pieschl außerdem Folgendes:
Die starken Türme des Limburger Domes, auf Felsen gebaut, mögen dem Witikobund Symbol sein für seine Arbeit in der sudetendeutschen Volksgruppe – dazu kommt das blühende Leben der unzerstörten Natur, Hoffnung und Zuversicht, daß auch unser Volk blühen und gedeihen möge! + G. Pieschl


Dom zu Limburg

Entschließung des Witikobundes zur EU-Krise

Die Teilnehmer am Jahrestreffen 2012 des Witikobundes e.V. bildeten sich zur gegenwärtigen Europa-Krise folgende Meinung:

Nach den apokalyptischen Jahren des letzten Jahrhunderts kam es zu einer Diskreditierung des Nationalstaates. In der Folge galten übernationale Zusammenschlüsse als zukunftsweisend. Wie jedoch die gegenwärtige Europa-Krise zeigt, können auch diese die in sie gesetzten Hoffnungen nicht immer erfüllen.

Das war aber gerade auf unserem Kontinent keine Überraschung, denn zweitausend Jahre europäischer Geschichte lassen sich nicht mit einem Federstrich beiseite schieben. Europa ist vielgestaltig und hat gerade in seiner Kleinteiligkeit größte Leistungen erbracht. Schwierig war es dabei stets, ein Gleichgewicht unter den Staaten zu bewahren. Die dabei entstandenen teils heftigen Konflikte darf man jedoch nicht einem Zuviel an Nationalstaatlichkeit zuschreiben, sondern eher einem Zuwenig an Rechtstreue, die auch gegenüber dem Völkerrecht, dem Selbstbestimmungsrecht und dem Minderheitenschutz zu wahren ist.

Leider hat sich dieser Mangel unter dem Dach der EU fortgesetzt. Dabei wurden nicht nur die alten Rechtsverstöße nicht geheilt, sondern den alten sogar neue hinzugefügt, diesmal vor allem gegen die von der EU selbst aufgestellten Regeln.

Der Witikobund hält diesen Befund für erschütternd! Die EU kann sich nur dadurch legitimieren, daß sie das Grundproblem Europas, „Gleichgewicht oder Hegemonie“, auf gesittete und faire Weise löst. Geboten ist daher die unverzügliche Rückkehr zum Recht. Wenn aber das Hauen und Stechen unter dem Dach der EU weitergeht, ist die Mitgliedschaft in ihr sinnlos. Dann verlangen Würde und Selbstachtung der deutschen Nation, nach anderen Wegen friedlichen Zusammenlebens zu suchen.

Hassfurt, den 07. Okt. 2012

Bericht aus Brüssel

Politik beschäftigt sich bekanntlich mit dem Bohren dicker Bretter. Eines dieser Bretter nennt sich „Benesch-Dekrete“. Einen neuen Bohrversuch unternahmen jüngst zwei ungarische Staatsbürger, Frau Alida Hahn-Seidl und Herr Prof. Dr. Imre Juhasz. Sie verfassten eine Petition an das Europa-Parlament, und der Petitionsausschuß nahm die Eingabe an. Am 20. September 2012 kam es zu einer Anhörung in Brüssel. In München erfuhr davon Hr. Schmalcz vom SL-Bezirk Oberbayern und ermittelte den ungarischen Abgeordneten Zoltan Bago als Unterstützer der beiden Petenten. Auf Umwegen über Budapest erhielt der Landesvorsitzende der SL-Oberösterreich, Peter Ludwig, von Hr. Bago eine Einladung als Zuhörer, ergänzt mit der Erlaubnis, zwei Begleiter mitzubringen. Diese waren die Witikonen Felix Vogt-Gruber und Friedebert Volk. Man traf sich am frühen Nachmittag des 19. Septembers am Hauptbahnhof in Frankfurt und reiste per ICE nach Brüssel. Am nächsten Tag erwartete sie Herr Bago, MEP, um 8.30 Uhr in der Empfangshalle des Europa-Hauses und geleitete sie in den Verhandlungssaal. Um 10.55 Uhr rief die Vorsitzende, Erminia Mazzoni, Punkt 17 der Tagesordnung mit der Petition Nr. 70/2012 und dem Stichwort Diskriminierung auf. Die beiden Petenten erhielten für je fünf Minuten das Wort, um ihre Eingabe mündlich zu begründen. Sie forderten die Aufhebung der Entschließung 1487/2007 des Slowakischen Nationalrates, mit der dieser 2007, also drei Jahre nach Aufnahme in die EU, die Benesch-Dekrete für unantastbar erklärte. Die Verhandlung verlief für die Petenten sehr erfreulich, denn nur am Anfang wandte sich der Vertreter der EU-Kommission und ein rumänischer Abgeordneter gegen ihr Anliegen. Alle weiteren Redner sprachen sich dafür aus, die Petition weiter zu verfolgen und ggf. eine Untersuchungskommission nach Pressburg zu entsenden.
Den Verlauf der Verhandlung kann man im Internet auf einem Videofilm verfolgen (http://youtu.be/3rU7KStlQKE). Einen ungefähren Eindruck davon vermittelt auch das unten angefügte Kurzprotokoll. Am Rande der Anhörung erfuhr man schließlich, daß die Petition des Vorsitzenden des SL-Bezirks Oberbayern, Johann Slezak (vgl. Witikobrief 2/2012, S. 7), ebenfalls auf der Tagesordnung des Petitionssausschusses bleibt und im Oktober verhandelt wird.

Die Petenten:
Dr. Juhasz & Frau Hahn-Seidl

In Brüssel v. links n. rechts:
Dr. Juhasz, Friedebert Volk, Peter Ludwig, Zoltan Bago (MEP), Felix Vogt-Gruber

Anhörung zu den Benesch-Dekreten vor dem Petitionssausschuß des EU-Parlaments in Brüssel am 20.9.2012

(Kurzprotokoll von F.Volk nach eigenen Notizen und der Filmaufzeichnung auf youTube)

Vorsitzende: Frau Erminia Mazzoni, Italien
Petenten: Frau Hahn-Seidl und Herr Dr. Juhasz, Ungarn
Zuhörer: Peter Ludwig (Österreich), Felix Vogt-Gruber und Friedebert Volk (beide Deutschland)

Die Petenten erhalten um 10.55 h das Wort. Sie beanstanden, daß die Slowakei im Jahre 2007, also nach Aufnahme in die EU, noch einmal die **Benesch-Dekrete** bekräftigt hat. Damit würde die Diskriminierung von 500.000 Ungarn fortgesetzt. Die Benachteiligungen betreffen alle Lebensbereiche.

Abg. Herr Bostinaru, Rumänien: Man dürfe nicht einige Tragödien herausgreifen, um das Ganze in Frage zu stellen. Die EU sei zukunftsorientiert und man könne die Geschichte nicht mehr ändern. Man solle sich vor Populismus hüten und neue Spannungen vermeiden. Die Büchse der Pandora dürfe nicht geöffnet werden.
Abg. Herr Zoltan Bago, Ungarn: Der Vorwurf der Kollektivschuld gelte bis heute. Eine Untersuchungsgruppe sollte nach Pressburg reisen. Die Petition müsse offengehalten werden.
Abg. Herr Csaba Tabajdi, Ungarn: Es geht nicht um neue Spannungen, sondern um den Abbau alter. Wieso werde die Katholische Kirche entschädigt, aber nicht die protestantische?

Brüssel: Blick in den Beratungsraum

Abg. Frau Tatjana Zdanoka, Lettland, EFA, Europäische Freie Allianz: Ich habe mich schon öfter mit den Benesch-Dekreten beschäftigt, die Petition muss offen gehalten werden.
Abg. Frau Ágness Hankiss, Ungarn: Kein anderes Land hätte es gewagt, ein solches Bekräftigungsgesetz zu verabschieden. Das Jonglieren mit Terminen ist unangebracht, denn den Gesetzen sind immer schon Moralgesetze übergeordnet. Sollen etwa die Nürnberger Gesetze auch weiterbestehen?
Abg. Herr Peter Jahr, Deutschland, CDU: Es geht um fortwirkendes Unrecht. Die Jahre 2002 (Bekräftigung der Dekrete in Prag) und 2007 (dito in Pressburg) sind Gegenwart!
Abg. Frau Krisztina Morvai, Ungarn: Es ist ein Menschenrechtsfall, und die EU ist eine menschenrechtsbasierte Gemeinschaft. Der Ausschuß kann Menschenrechtsgeschichte schreiben. Da es um fortdauernde Menschenrechtsverletzungen geht, muß man tiefer schürfen.
Abg. Herr Gerald Häfner, Deutschland, Die Grünen: Man darf Schuld nicht in die Zukunft verlängern. Unrecht muß man abmildern und Verletzungen heilen. Der tschechische Wunsch, von der Grundrechte-Charta des Lissabonvertrags ausgenommen zu werden, hat direkt etwas mit den Benesch-Dekreten zu tun. Diese bestehen also fort und ihre Bekräftigung im Jahre 2007 in der Slowakei bleibt unbegreiflich. Eine Debatte darüber sei nötig.
Dr. Imre Juhasz: Es geht um eine allgemeine Menschenrechtsfrage für 500.000 Personen und nicht um das Eigentum.
Die Vorsitzende: Die Aussprache ließ den Willen erkennen, die Petition offen zu halten. Die Entsendung einer fact-finding-mission müsse erwogen werden.

Ende die Beratung: 11.54 h.

Die Benesch-Dekrete: Obwohl tausendmal begraben, leben sie wieder auf

Die Anhörung zu den Benesch-Dekreten vor dem Petitionssausschußt des Europaparlaments am 20. September 2012 in Brüssel fand lebhaftes Echo in der tschechischen Presse. So schrieb **"Lidové noviny"** sechs Tage später folgendes:

Die Rede ist von den Beneš-Dekreten. Diese tschechoslowakischen Nachkriegsverordnungen wurden erneut im Europäischen Parlament erörtert, u. a. auf Initiative des ungarischen Juristen Imre Juhász. Abermals gelangte Ungarn damit in das Blickfeld tschechischer Journalisten. Allerdings würde die Angelegenheit doch etwas mehr als nur dumme Bemerkungen verdienen. Der erwähnte Jurist hat sich gemeinsam mit Alida Hahn-Seidl aus der BRD mit einer Petition an das Europäische Parlament gewandt. Die Eingabe betrifft primär die Erklärung des Nationalrats der Slowakischen Republik vom 20. 9. 2007 *"über die Unantastbarkeit der Nachkriegsdokumente zur Regelung der Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg"*. Dieser Beschluss ist in einer wesentlichen Passage praktisch mit der Resolution der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik vom 24. 4. 2002

identisch, der zufolge *"die durch diese Entscheidungen entstandenen Rechts- und Vermögens-verhältnisse unbezweifelbar, unantastbar und unveränderlich sind."*

Die gemeinsame Petition von Juhász und Hahn-Seidl ersucht das Europäische Parlament, die Slowakei zur Streichung dieser Erklärung aufzufordern, die Vereinbarkeit der Dekrete mit der Rechtsordnung der EU zu überprüfen und die slowakischen Institutionen zu veranlassen, sich bei den Angehörigen der ungarischen und der deutschen Minderheit zu entschuldigen. Zudem soll die Slowakei diesen Bevölkerungsgruppen eine würdige Entschädigung gewähren sowie die noch lebenden Personen zur Rechenschaft ziehen, die für die an den „slowakischen" Deutschen und Ungarn begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind. Falls die Slowakei nicht gebührend reagiert, sollte der Petition zufolge der Europäische Rat konstatieren, dass das Land die Prinzipien von Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verletzt und seine Mitgliedsrechte einfrieren. Die Forderungen sind - wie ersichtlich - ausgesprochen hart.

Die Autoren übergaben die Petition am 12. 1. 2012 dem Europäischen Parlament, wo sich ihrer der EP-Abgeordnete Zoltán Bagó (ungarische Regierungspartei FIDESZ) annahm. Die Eingabe wurde als formell zulässig bezeichnet, und der Petitionsausschuss begann, sich mit ihr zu befassen. Er forderte die Europäische Kommission (EK) zu einer Stellungnahme auf und setzte die Petition auf die Tagesordnung der Sitzung am 20. September 2012. Und das ist auch geschehen. Die Stellungnahme der EK barg keine Überraschung: In ihr wird behauptet, dass die Beneš-Dekrete vor dem EU-Beitritt der Slowakei angenommen wurden und heute keine Wirksamkeit mehr haben, die im Widerspruch zum Unionsrecht stehen würde. Es sei Sache des Mitgliedsstaates, wie er den Verpflichtungen hinsichtlich der sich aus völkerrechtlichen Verträgen und internen Vorschriften ergebenden Grundrechte nachkommt. Der Petent solle sich an die staatlichen Institutionen wenden. Berufung könne er beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einlegen.

Dieser Standpunkt der EK wurde allerdings bei der Behandlung im Petitionsausschuss nur von dem rumänischen Sozialdemokraten Victor Boştinaru unterstützt. Hinter die Eingabe stellten sich die ungarischen Europaabgeordneten, und zwar nicht nur Zoltán Bagó, Ágnes Hankiss (beide FIDESZ) und Krisztina Morvai (rechtsradikale Partei Jobbik), sondern auch der Sozialist Csaba Tabajdi. Den ungarischen Standpunkt unterstützten die deutschen Europaabgeordneten Peter Jahr (CDU) und Gerald Häfner (die Grünen) sowie die lettische EP-Mandatsträgerin Tatjana Ždanoka (Grüne). Ansonsten trat bei der Debatte kein weiterer Abgeordneter mehr auf. Nachfolgend stellte die die Sitzung leitende Ausschussvorsitzende Erminia Mazzoni fest, dass die Resolution des slowakischen Parlaments aufgrund der überwiegenden Meinung auf der Tagesordnung bleibt und der Ausschuss Vertreter der Regierung in Bratislava einladen wird, damit sie sich zu der Angelegenheit äußern.

Das Problem der Beneš-Dekrete steht somit wieder auf dem Tagesprogramm. Die Nachkriegs-verordnungen des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš (1884-1948) widersprechen den Grundprinzipien, auf denen das Rechtswesen der Länder des euroatlantischen Bereichs basiert (vor allem der Unzulässigkeit der Kollektivschuld und der Retroaktivität). Zugleich ist vom politischen Gesichtspunkt aus offensichtlich, dass jede prinzipielle Änderung des auf der Grundlage der "Applikation" der Dekrete entstandenen Zustandes bereits im Jahr 1990 unmöglich war: Es handelte sich um ein Massenverbrechen großen Ausmaßes und seit seiner Verübung waren schon viele Jahre vergangen. Das bedeutet aber nicht, dass nichts getan werden könnte oder nichts gemacht werden sollte. Was schon damals möglich war, ist die *"Milderung der Folgen einigen Unrechts"* auf dem Weg einer Vereinbarung zwischen den Rechtsnachfolgern der Täter und den Vertretern der Betroffenen. Stattdessen erreichten die tschechischen Politiker und ihre journalistische und historische Lobby, dass die ganze Sache konserviert und in der Hoffnung abgelegt wurde, dass sie unter dem Druck der *"gemeinsamen Zukunft"* in Vergessenheit gerät. Die slowakischen Politiker traten leider in die tschechische Spur, denn Beispiele ziehen an *(„exempla trahunt")*, hauptsächlich die schlechten. Geblieben ist eine nichtbestattete Leiche, die sich zersetzt und die Luft verpestet. Obwohl sich die deutsche politische Repräsentation mit dieser tschechischen (und slowakischen) Einstellung

notgedrungen abgefunden hat, haben die kleineren betroffenen Staaten (Ungarn, teilweise aber auch Österreich) mit ihr ein größeres Problem. Die Angelegenheit betrifft sie unmittelbarer als Deutschland. Es handelt sich um ein mitteleuropäisches Problem: Die westlichen Demokratien segneten letztendlich im Einklang mit Stalins Russland die mit Vermögenskonfiskationen verbundenen Massendeportationen der Einwohnerschaft ab. Sie mussten wissen, dass diese unmenschlich verlaufen und verlaufen werden. Russland beherrschte dann spielend leicht den mitteleuropäischen Raum, in dem Täter und Opfer beisammen lebten und allein aus diesem Grund für die Russen einfach zu kontrollieren waren. Der Westen verlor dagegen für viele Jahre jeglichen politischen Einfluss auf dieses Territorium. Die in der Vergangenheit entstandenen Konflikte gefährden Mittel- und Osteuropa auch heute und machen aus dieser Region ein potenziell appetitliches Opfer für imperiale Gelüste aus dem Osten. Diese Situation ist äußerst gefährlich, obwohl ich nicht weiß, was mit ihr noch getan werden kann. Doch etwas sollte mit ihr gemacht werden. (*Übersetzung Sylvia Janovská)*

Manifest des Witikobundes e.V. zur Unterstützung

der beim Petitionsausschuß des EU-Parlaments anhängigen Beschwerde über die fortgesetzte Diskriminierung von Ungarn durch die Benesch-Dekrete

Das Europäische Parlament hatte bereits im November 2002 in einer Entschließung zu Recht erklärt, das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 habe vom Standpunkt moderner Rechtsstaatlichkeit keine Existenzberechtigung. Die Maßnahmen verstießen eklatant gegen europäische Grundrechte und die gemeinsame Rechtskultur der Europäer. Leider konnte sich das Parlament nicht durchsetzen, auch nicht gegenüber der Deutschen Bundesregierung nebst dem Bundestag.

Die Bekräftigung der Benesch-Dekrete durch die Slowakei im Jahr 2007, also nach Aufnahme in die EU, hat für die betroffenen Volksgruppen insbesondere zur Folge: Als Hinterbliebene der seinerzeit Ermordeten müssen sie weiterhin damit leben, dass ihre Angehörigen **rechtmäßig umgebracht** worden sind.

Das Europäische Parlament hatte im Zuge des Beitritts der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zwar von drei Professoren Gutachten zu den Benesch-Dekreten eingeholt. Diese hatten aber den Kern der Problematik nicht erkannt, oder nicht erkennen wollten: Sie sprachen im Zusammenhang mit dem Gesetz Nr. 115 stets von „Straffreistellung“ ohne Rücksicht darauf, dass die Exzesse an den Minderheiten nicht nur als „straffrei“ sondern viel weitergehend als „nicht widerrechtlich“, also nach wie vor als rechtmäßig bezeichnet werden. Das ist etwas ganz anderes und in dieser Form in der Weltgeschichte des Rechts wohl einmalig.
Angeführt wird, nicht zuletzt von der Deutschen Bundesregierung, man könne bezüglich der Benesch-Dekrete Ursache und Wirkung nicht außer Acht lassen. Ursache sei die Herrschaft des Nationalsozialismus und die Kollaboration mit diesem gewesen. Will heißen: Unrecht darf mit Unrecht abgegolten werden!? Unterschlagen wird dabei allerdings die Rede von Benesch am 3. Mai 1945 in Tabor (Auszug): „Wir hatten das schon im Jahre 1918 erledigen wollen, aber damals hielten uns die Briten die Hände gebunden, jetzt aber wollen wir das erledigen.“ Zu Recht hat daher der international bekannte und in Genf lebende us-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas, seit 2012 „UN-Sonderberichterstatter für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung“, die Benesch-Dekrete gleichfalls scharf verurteilt.

Angenommen von der Jahresversammlung des Witikobundes
Hassfurt, 7.10.2012

„Läßt man in der Eurozone die Dinge treiben, dann wird der Euro und mit ihm die gesamte EU zerfallen und Europa sich renationalisieren.“ (Joschka Fischer, Standard, 30.10.2011

Bundespräsident Gauck in Tschechien

Bundespräsident Joachim Gauck besuchte kürzlich die Tschechische Republik. Er erwies den Opfern aus dem Dorfe Lidice seine Reverenzen. Das ist auch gut so. Dennoch spürt der gut informierte Zeitgenosse, daß der Umgang der Tschechen mit ihren eigenen Opfern nicht ganz aufrichtig ist. Ihr heimischer Widerstand sah die Repressalien voraus und bat um Unterlassung des Attentats. Da aber anderer Widerstand fehlte, nahm Benesch diese Opfer in Kauf.

Kein Durchblick?

Es scheint Gesetz zu sein, daß Vertriebene immer zwischen zwei Enttäuschungen leben. Für die letzte sorgte Herr Gauck wieder in Prag, denn wieder einmal waren ihre Anliegen kein Thema für ihn. Eigentlich ist es schade, daß er nicht selbst erkennt, in welchem Zusammenhang Lidice und die Vertreibung stehen. Die vom nazistischen Berlin 1942 angeordnete Repressalie hat es Benesch sehr erleichtert, bei den Großmächten die Vertreibung durchzusetzen. Und was tut das neue Berlin für die davon Betroffenen? Man gaukelte ihnen vor, die CR werde schon einlenken, wenn sie erst EU-Mitglied sei. Das war eine Illusion, denn nicht einmal in der Kollektivschuldfrage hat sich etwas getan, obwohl die EU eine menschenrechtsbasierte Gemeinschaft mit entsprechenden Pflichten für die Mitgliedsstaaten ist. Der CR wurde 2004 ein „Hoffnungsrabatt“ gewährt, der aber immer noch nicht eingelöst wurde. Bei anderen Ländern ist man im Bundestag und bei einigen Europapolitikern inzwischen strenger. Bei Kroatien will man, wie im „Spiegel“ (22.10.2012, S. 16) zu lesen ist, auf Erfüllung der Auflagen **vor** dem EU-Beitritt bestehen. Der SPD-Europapolitiker Michael Roth möchte gar ein „politisches Exempel statuieren“ und Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte, das Beispiel Rumänien und Bulgarien zeige, daß die Erwartung, die Probleme ließen sich leichter nach einem Beitritt bewältigen, in der Praxis nicht funktioniere. Lammert sprach sogar von einem *„Fehler“*. Das ist nichts anderes als das Eingeständnis, 2004 mit der CR zu nachsichtig umgegangen zu sein. Und wer repariert jetzt den Schaden? Herr Gauck wurde in Prag übrigens gegen kritische Fragen gut abgeschirmt. So wurde Jan Sinagl, Vorsitzender der SL-Böhmen, trotz ordnungsgemäßer Akkreditierung, von der Pressekonferenz mit Gauck ausgeschlossen. *Anregung für den Bundespräsidenten: Im Sinne der Pressefreiheit bitte in Prag Protest gegen diese Aussperrung einlegen!*

In Berlin bahnt sich eine Katastrophe an!

Die Sudetendeutsche Zeitung hat in bisher sechs Folgen das Ausstellungskonzept der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ abgedruckt. Gerolf Fritsche hat sich darüber eine Meinung gebildet und diese am 14.10.12 in die Form eines Leserbriefes gebracht. Leider wurde seine Zuschrift bisher noch nicht berücksichtigt. Der Witikobrief greift den Fall auf und macht das Schreiben zugänglich:

Sehr geehrte Redaktion!

Der Sudetendeutschen Zeitung ist zu danken, dass sie in bisher sechs Folgen jeweils eine Seite der Konzeption der Berliner Stiftung „Flucht, Vertreibung ...“ abgedruckt hat. Was allerdings auffällt ist, dass die Leserschaft so still hält, obwohl doch mit jeder Ausgabe klarer wird, dass der Satz, dass *„die Vertreibung der Deutschen im Mittelpunkt der Darstellung stehen wird“*, sich bestenfalls in eine schöne Illusion auflöst. Nachdem der Platz in der Ausstellung in Berlin schon auf gut 2000 qm geschrumpft ist, wird schon vor Darstellung des obigen Themas, schwerpunktmäßig die kriegerische Vorbereitung der Katastrophe ausgebreitet. Die Ausführlichkeit, mit der das in der letzten Ausgabe der SdtZ (12.10. S. 5) ausgeführt ist, legt fast zwingend nahe, dass hier schon ein Schwerpunkt liegt. Das wäre immer noch erträglich, wenn irgendwann in den aufgeführten Themen die Mühe um historische Sachlichkeit sichtbar würde. Doch da ist vom „Überfall“ auf Polen ohne Anführungsstriche die Rede, obwohl heute im Netz unwidersprochen die Spatzen von den

Dächern pfeifen, dass monatelange Verhandlungen vorangegangen waren. Wie einseitig die Ausstellung entwickelt werden soll, wird vielfach schon jetzt an den Themen sichtbar, vor allem aber, dass offenbar auch im wissenschaftlichen Beirat niemand darüber gearbeitet hat, wie es vor Beginn des „Überfalls“ zu den polnischen Übergriffen aufs Reichsgebiet gekommen war. Nirgendwo ist von den Todesmärschen der Volksdeutschen in Polen die Rede, die bekanntlich gleich in den ersten Stunden nach Einmarsch der Wehrmacht in Polen nach vorbereiteten Listen interniert wurden, von Geschehen wie in Bromberg ganz zu schweigen.

Bei den Vorschlägen für die Fallstudien werden die Sudetengebiete merkwürdigerweise ausgeklammert. Auch da tun sich offenbar Lücken in der Fachkompetenz des Wissenschaftlichen Beirats auf. Dabei läge die Darstellung des Wirkens von Dr. Eduard Benesch in der stufenweisen Entwicklung der Vertreibungspläne vom Gebiet der CSR nach neuesten Erkenntnissen so nahe. Statt Sachlichkeit und Bemühen um die Wirklichkeit des damaligen Geschehens wird im Gegenteil das Bemühen des Stiftungstextes deutlich, nicht die Schuld einer im wesentlichen auch abgeurteilten Naziclique darzustellen, sondern die deutsche Alleinschuld glasklar im Stil etwa Guido Knopps herauszuarbeiten. In diesem Text ist alles angelegt, was für dieses Museum in Berlin Schlimmes befürchten lässt. Bestürzend ist, dass Prof. Kittel diese Fehler im Konzept dieses grundlegenden Textes zugelassen hat.

Noch schlimmer ist eigentlich nur, dass von Seiten der sechs BdV-Vertreter im Beirat seit Veröffentlichung des Textes Funkstille herrscht. Natürlich muss man in diesem Gremium vertreten bleiben. Aber als Zeichen müsste man doch wenigstens Laut geben. Es gibt auch genug Gründe, als einzelner Vertreter unter deutlich artikuliertem und begründetem Protest zurückzutreten. Denen, die noch etwas werden wollen, ist das allerdings nicht zu empfehlen, aber die Älteren sollten sich mit der Zustimmung zu diesem teilweisen Machwerk nicht ihr Gewissen belasten.

Das Schweigen zu diesen Fehlplanungen auch jetzt noch kann nur folgenschwer und wird später nicht zu rechtfertigen sein. *G. Fritsche, Offenbach*

Noch eine Katastrophe?

Siebenbürger Sachsen und rumänische Politiker sprechen über Restitutionsfragen. Wird Berlin solche Bilder bald verbieten?

Kurz vor Redaktionsschluß erreicht uns eine erschütternde Meldung: Der Vorsitzende des Bauernverbandes der Vertriebenen (BVdV), Christian Walter, und sein Geschäftsführer, Dr. Arwed Blomeyer, führten bei der „Grünen Woche“ in Berlin Gespräche mit Mitgliedern des Agrarausschusses des Deutschen Bundestags. Dabei zeigte sich Walter befremdet, **daß die Bundesregierung auf diplomatischen Kanälen versuche, Staaten wie Serbien an ihrer Restitutionsgesetzgebung zu hindern, damit Polen und Tschechien gegenüber den vertriebenen Deutschen nicht in Zugzwang gerieten.**

Für den Wahrheitsgehalt dieser Meldung spricht leider auch das Verhalten der Bundesregierung schon nach der „Wende“ 1989, als die Rückgabe von Immobilien in der früheren DDR auf oft groteske Weise und mit künstlich aufgebauten bürokratischen Hemmnissen vereitelt wurde.

Wenn diese Nachricht zutrifft, stehen klare Aufgaben vor unseren landsmannschaftlichen Vertretungen! Hoffen wir, daß sie diesen gerecht werden**!**

Interessantes in Kürze:

1. Das **Stuttgarter Schuldbekenntnis** der evangelischen Kirche 1945 geht auf einen britischen Entwurf zurück, den der holländische Geistliche Visser t`Hooft als Beauftragter des Weltkirchentages überbrachte. Er verknüpfte die Zustimmung dazu gar nicht christlich mit der Frage der Lebensmittellieferungen. So bewegten er und Pastor Niemöller die widerstrebenden Bischöfe Meiser und Wurm zur Unterschrift. Visser t`Hooft arbeitete während des Krieges für den britischen Geheimdienst. (JF, 1.6.2012, S. 23, Leserbrief von Prof. Th. Schmidt-Kaler).
2. **Eishockey:** In Taus/Domazlice, Westböhmen, gibt es eine Eishockey-Halle. Sportbegeisterte junge Männer aus dem nahen Waldmünchen/Bayern haben dort Trainingszeiten belegt und beteiligen sich unter dem Namen Ice-Barons an den Rundenspielen der tschechischen Chodenliga. Einige deutsche Spieler belegten sogar Tschechisch-Kurse, um sich besser verständigen zu können. Dennoch haben sie das Gefühl, bei den Schiedsrichtern unbeliebt zu sein. Tschechen, die in ihrer Mannschaft spielen, werden bisweilen sogar angespuckt und als Vaterlandsverräter beschimpft (http://www.sinagl,cz).
3. **Ironisches:** Ein ironischer Leserbrief im Spiegel vom 20.8.2012 (S. 6) erklärte, was Putin zum lupenreinen Demokraten fehlt: Drohnen, mit denen er missliebige Menschen an allen Orten der Welt „unschädlich machen“ kann, ein Gefangenenlager wie Guatanamo, „Demokratiemissionen“ wie im Irak oder in Afghanistan und ein Bankensystem, das die Weltwirtschaft ins Wanken bringt.
4. Politische **Korruption** ist in Deutschland immer noch nicht verboten. Seit 1953 drückt sich der Bundestag vor einer umfassenden Regelung zur Abgeordnetenbestechung. Sogar eine entsprechende Anti-Korruptions-Konvention der UN liegt seit neun Jahren unerledigt in den Schubladen der Ministerien. Inzwischen verlor Deutschland bei den Anti-Korruptionskonferenzen der UNO bereits sein Stimmrecht. Kann man da noch stolz sein, ein Deutscher zu sein?
5. **Opfer für Frankreich:** Emanuel Moravec (Das Ende der Benesch-Republik, Prag, 1939) beklagt die großen Opfer, die die CSR von 1918-38 Frankreich gebracht hat. Sie musste zur Einhegung Deutschlands eine große Armee unterhalten und eine teure Bunkerlinie bauen. Frankreich unterband auch jede Annäherung Prags an die Sudetendeutschen. Über Aktienmehrheiten an tschechischen Firmen (z.B. Skoda) landeten deren Gewinne meist in den Tresoren französischer Banken.
6. **Ondøej Matìjka,** der Vorsitzende der tschechischen Organisation Antikomplex, erhielt Anfang August in Bautzen die "Versöhnungsmedaille" der Ackermanngemeinde. Sie wird im Gedenken an den sudetendeutschen Politiker Hans Schütz verliehen und würdigt das Streben nach Versöhnung und dauerhaftem Frieden. Antikomplex wurde besonders durch sein Projekt „Das verschwundene Sudetenland“ bekannt.
7. **Unglaubliche Perfidie** an der tschechischen Grenze: Die Abteilung für Aufklärung kommunistischer Verbrechen im Prager Innenministerium berichtet über besondere Tricks der csl. Geheimpolizei vor der Wende: In Grenznähe, aber noch auf csl. Gebiet, wurden „falsche“ Grenzanlagen aufgestellt. Als Fluchthelfer getarnte Polizisten führten tschechische Fluchtwillige dorthin. Auf der anderen Seite warteten wieder csl. Polizisten, diesmal als amerikanische Offiziere verkleidet, und führten Scheinverhöre durch. Gutgläubig gaben die Flüchtlinge auch Vertrauliches über ihr oppositionelles Umfeld preis. Alle so Identifizierten und die Getäuschten selbst verschwanden hinter Gittern.
8. Die **Katyn-Akten** des Nationalarchivs der Vereinigten Staaten (USA) wurden jetzt freigegeben. Es handelt sich um mehr als 1000 Dokumente des 1951 eingesetzten Madden-Ausschusses. Dieser hatte erkannt, daß Deutschland zu Unrecht des Massenmordes an 22.000 polnischen Offizieren beschuldigt wurde. Hinweise auf die Täterschaft der Sowjetunion lagen den USA schon 1942 vor *(FAZ, 12.9.12, S.7)*.
9. Die Volksgruppe der **Katalanen** demonstrierte am 11. September 2012 mit 1,5 Millionen Menschen in Barcelona für ihre Unabhängigkeit von Spanien. Wie auch Basken, Kurden, Schotten u.a. zeigen, hat sich der Kampf um ein Volksgruppenrecht mit der Vernichtung des Sudetendeutschtums nicht erledigt! *(FAZ, 12.9.12)*
10. Die **Schlesische Jugend** wurde bekanntlich aus der Schlesischen Landsmannschaft ausgeschlossen (sh. WBr. 3/12, S. 8). Nachdem sie dagegen vor Gericht erfolgreich geklagt hatte, wurde der Ausschlußbeschluß am 10. März 2012 wiederholt. Obwohl wieder ein eklatanter Satzungsverstoß vorlag, verzichtete die Jugend auf Widerspruch und gründete eine eigenen Jugendverband, der nun im Vereinsregister als selbständiger Verein eingetragen ist.
11. Im Jahre 2014 jährt sich der Beginn des **Ersten** oder **„Kleinen“ Weltkrieges** zum 100. Male. Scharen von Historikern werden aus diesem Anlaß neue Bücher vorstellen, darunter auch der Australier Christopher Clark. Er wertete Quellen in sechs Sprachen aus und kommt zum Ergebnis, daß auch der Erste Weltkrieg „viele Väter“ hatte *(sh. Spiegel, 24.9.12, S. 50 f.)*.
12. Am 07. Oktober 2012 wurde das Foyer im Sudetendeutschen Haus feierlich auf den Namen **Otto-von-Habsburgs** getauft. Neben Lm. Pany und Lm.Posselt sprach auch der Sohn des Geehrten, S.K.u.K.H. Erzherzog Karl von Habsburg, Chef des Hauses Habsburg-Lothringen. Die Namensgebung geht auf einen Vorschlag Johann Slezaks, des Vorsitzenden des SL-Bezirkes Oberbayern, zurück.

13. Die **deutsche Volksgruppe in Slowenien** bemüht sich seit der Eigenstaatlichkeit Sloweniens um Anerkennung als autochthone Minderheit. Dabei kann sie sich auf eine in der slowenischen Verfassung verankerte Klausel stützen. Vom 4. bis 7. Oktober 2012 fand in der Heimat der Deutsch-Untersteirer, in Marburg/Slowenien, das 12. VLÖ-Volksgruppen-Symposium statt. Marburg ist auch der Sitz des Dachverbandes. *(Quelle: SLÖ-Pressedienst, Internet).*
14. Den **Rauswurf der Vertriebenen** und der Freikirchen aus dem SWR-Rundfunkrat plant die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg. Nachrücken sollen Moslemverbände, Umweltorganisationen sowie Einwanderer. Gruppierungen mit mehr als einem Vertreter in dem 51 Köpfe zählenden Gremium müssen künftig beide Geschlechter berücksichtigen.
15. Der **Franz-Werfel-Menschenrechtspreis** wurde dem Historiker Karl Schlögel von der BdV-Bundesvorsitzenden, Erika Steinbach, am Sonntag, dem 28. Oktober 2012 überreicht. Die mäßig besuchte Veranstaltung fand in der Frankfurter Paulskirche statt. Der 1948 im Allgäu geborene Preisträger lehrt an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und gilt als einer der besten Kenner der osteuropäischen und sowjetischen Geschichte. Er hat eine maoistisch-kommunistische Vergangenheit und soll die politische Linke für das Thema Vertreibung sensibilisiert haben.

„Tschechen als Kriegstreiber“

Kramar, Masaryk, Benesch – die Zerstörer Europas

Im Folgenden soll ein Eindruck von dem 2011 im Grabert-Verlag erschienenen Buch Hans Meisers „Die Tschechen als Kriegstreiber“ vermittelt werden:

Seit 1918/19 und besonders seit 1945 werden dem deutschen Volk und seinen Soldaten in bösartiger Weise die Alleinschuld für die zwei schlimmen Weltkriege zugeschoben. Bis heute weisen aber viele Quellen und Veröffentlichungen im In- und Ausland nach, dass neben Hitler auch Mussolini, Churchill, Stalin, Roosevelt, Baruch und Beck den 2. Weltkrieg mitverursachten. Stefan Scheil, Claus Nordbruch, Gert Schultze–Rhonhof nennen weitere Kräfte dafür: Etwa den „Amerikanischen Jüdischen Kongreß“, der schon im März 1933 Deutschland „den Krieg erklärte“ und zum Boykott deutscher Waren aufrief, auch den 1936 gegründete „Focus“ (ein britisch-amerikanisches Netzwerk vermeintlich liberaler, linker Organisationen mit Frontstellung gegen Deutschland), auch die weltweit organisierten Freimaurer-Logen sowie schon global wirkende Konzerne und Banken.
Hans Meiser, der schon viele wichtige Werke zur Zeitgeschichte geschrieben hat, weist in seiner Neuerscheinung auf die **tschechische Mitverantwortung** an den beiden Weltkriegen und den Vertreibungen im 20. Jahrhundert hin. Karel Kramar, Thomas Masaryk und Edvard Benesch waren Freimaurer, die gute Beziehungen zu internationalen Freimaurern, wie Wilson (amerikanischer Präsident), König Eduard VII. von England, Cheradame, Rene Henry, Chiossone in Frankreich hatten und so die Westalliierten zur Zerschlagung der k.u.k. Monarchie und zur Vernichtung des Deutschen Reiches bewegen konnten.
Ohne eine deutsche Mitschuld in Frage zu stellen, weist Meiser nach, dass beide Kriege und deren Folgen eben auch neben dem Vernichtungswillen aller West- und Ostalliierten auf die internationalen und chauvinistischen Bestrebungen von Kramar, Masaryk und Benesch zurückgehen. Sie arbeiteten geschickt mit Geschichtsverdrehungen, etwa in den zehn Memoranden 1918/19, mit einseitigen Veröffentlichungen in Auslandszeitungen und in Beratungen von Politikern, um Deutschland und Österreich zu zerbrechen und eigene slawische Staaten zu gründen. So entstanden nach 1918 eine Reihe kaum lebensfähiger Kleinstaaten mit vielen unterprivilegierten ethnischen Minderheiten, besonders in der Tschechoslowakei und Polen. Die dortigen Deutschen sollten mit allen Mitteln entgermanisiert oder vertrieben werden. Davon steht in deutschen Geschichtsbüchern nichts. Meiser behandelt auch ausführlich die Schaffung der „Tschechischen Legion“ in Russland im 1. Weltkrieg, die den Zarenschatz und den rumänischen Staatsschatz aus Kasan raubte. Die Werte beider Schätze werden heute auf über 1 Billion Dollar geschätzt

K. Kramar

Die „Legiobanka“ verwaltete das riesige Vermögen, welches die Grundlage der Politik und der Wirtschaft in der neuen Tschechoslowakei bildete. Dieser Staat war undemokratisch und auf vielen Unwahrheiten aufgebaut. Selbst die Verfassung begann mit einer Lüge: „Wir, die tschechoslowakische Nation……“, obwohl es nachweisbar keine solche Nation gab, sondern zwei Nationen und mehrere Minderheiten. Wie diese behandelt wurden, zeigten am 4. März 1919 die Morde der Soldaten in Arnau, Kaaden, Aussig, Mies, Karlsbad. Dieser Staat war zugleich auch der erste Staat mit einer Nationalsozialistischen Partei: „Ceska narodni sozialisticka strana“, die Vaclav Klofac 1896 gegründet hatte.

Dieser Staat wurde von der „Petka“- einem Parteiführerzusammenschluß - und deren Parteien beherrscht. Am 9.6.1933 wurde ein verfassungswidriges Ermächtigungsgesetz erlassen, das zur Präsidialdiktatur führte. Die Parteien wurden z.T. aufgelöst, die Minderheiten unterdrückt und ausgebeutet. Masaryk und Beneschbenutzten den Staat von 1918-1938 als Selbstbedienungsladen. Millionen von Kronen wurden zur Bestechung, besonders der Presse in England und den USA, auch in Jugolslawien, Rumänien, Österreich und Kanada, kurz in aller Welt, eingesetzt. Geschenke wurden verteilt, Fördergelder vergeben.

Benesch war übrigens auch ein Agent des englischen „Secret Service“ und auch des NKWD; er war die Nr. 16. Masaryk arbeitete eng mit den Politikern der USA, dem Nachrichtendienst der amerikanischen Armee, auch mit einem internationalen Agentennetzwerk zusammen.

Tschechische Legionäre verladen ihre Beute auf ein Schiff

1935 schloß Benesch als neuer Staatspräsident einen Vertrag über gegenseitige militärische Hilfe mit Stalin ab. Ab 1936 rüstete die Tschechoslowakei verstärkt auf (43 Divisionen mit über 1000 Panzern). 1938 befanden sich auch 650 sowjetische Flugzeuge und eine sowjetische Nachrichtenzentrale „APO 20“ in der Tschechoslowakei. Benes, Churchill und der internationale „Focus“ trieben aktiv neben Polen zum Krieg.

In den dreißiger Jahren kam es zu einer Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei, auch zur „Sudetenkrise“. Letztere konnte durch das Münchener Abkommen am 29./30.9.1938 gelöst werden. Benesch floh mit einem Milliardenvermögen und unter Mitnahme tausender von Akten nach England. Hier war er nur noch eine Privatperson mit einigen diplomatischen Rechten. Auch hier setzte er sich insgeheim für einen Krieg gegen Deutschland ein, reiste zweimal zum amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Beim zweiten Treffen 1943 war auch Churchill dabei. Beide einigten sich auf die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, aus Polen, auch Stalin stimmte dieser Vereinbarung in einem Vertrag zu.Die im April 1945 in Kaschau entstandene tschechische „Regierung“ mit Benesch und Fierlinger war keine demokratische Regierung. Sie war ebenso wie das Parlament von niemandem gewählt worden. Diese „Regierung“ bestand aus etwa drei Dutzend Leuten, die alle Gewalt an sich rissen und über Armee, Polizei und Gerichte verfügten. Diese Minister und Staatssekretäre schworen Benesch die Treue, obwohl dieser seit Oktober 1938 kein Präsident mehr war. Die Dekrete, die der Präsident a.D. und einige Regierungsmitglieder unbefugt unterzeichneten, waren also illegale Dekrete.

Sie lösten aber dennoch die Vertreibung der Deutschen und die Massaker an diesen aus. Benesch sagte 1941 zu seinem Sekretär Dr. Smutny: *„Wir brauchten den Krieg, und ich tat in diesem Sinne alles, damit es ja zum Krieg kommt“* (Meisner S. 312). Niemand kann deshalb die brutale Vertreibung der Sudetendeutschen alleine als Folge der Hitlerpolitik bezeichnen. Sie war und bleibt ein Genozid, ein ungesühntes Verbrechen.

Erika Köcher

Deutschsprachige Goethe-Hochschule in Pressburg

Die Slowakei hat 32 Hochschulen und bekommt jetzt mit der privaten Goethe-Universität Pressburg eine weitere hinzu. Ihre Akkreditierung erfolgte am 18. Juli 2012 durch die Slowakische Regierung. Sie ist die erste deutschsprachige auf dem Gebiet der ehemaligen CSR und wird von einer privaten, aus deutschen Quellen finanzierten Aktiengesellschaft getragen. Dem entsprechend wird sich der Lehrplan nach den Bedürfnissen deutschsprachiger Unternehmen in der Slowakei richten. Schwerpunkte werden vorerst Internationale Unternehmensführung, Medien und Kultur sowie Tourismus bilden.

In der Slowakei sind schon über 400 deutsche Unternehmen mit rund 90.000 slowakischen Arbeitnehmern tätig. Aber auch für die österreichischen und schweizerischen Firmen in der Slowakei wird das eine qualitative Verbesserung bei dem heimischen Arbeitnehmerangebot bedeuten. Designierter Rektor ist der slowakische Universitätsprofessor Dr. Juraĵ Stern, der auch mit der Goethe-Universität Frankfurt und der Bauhaus-Uni in Weimar zusammenarbeiten wird. In den ersten Semestern werden nur Bachelor- und Master-Studiengänge angeboten. Die Kosten liegen zwischen 1.100,-- und 1.300,-- Euro pro Semester. Später soll das Angebot auch auf PhD-Studiengänge ausgebaut werden.

Die Deutsche Botschaft in Preßburg hat das Projekt der Goethe-Hochschule mit ganzer Kraft gefördert. Botschafter Dr. Axel Hartmann betonte: „Das Projekt ist ein bedeutender Meilenstein in den deutsch-slowakischen Kulturbeziehungen und ein wahrhaft europäisches Projekt“.

Neue Spitze in der EUFV

Die 2007 gegründete Europäische Union für Flüchtlinge und Vertriebene (EUFV) wählte am 18. August 2012 in Hamburg eine neue Spitze. Der Gründungspräsident, Dr. Lacota, räumte seinen Stuhl für Rudi Pawelka von der Landsmannschaft Schlesien. Sein Stellvertreter ist Jan Skalski vom Verein der Vertriebenen aus den polnischen Ostgebieten. An der Spitze des Generalrates werden künftig George Mouktaris (Lobby for Cyprus) und Gottfried Hufenbach (Landsmannschaft Ostpreußen) stehen.

Dr. Lacota trat ab

Die EUFV, der 14 Verbände aus neun Ländern angehören, will ihre Aktivitäten auf europäischer Ebene verstärken und insbesondere die Einrichtung einer Ständigen Kommission für die Probleme der europäischen Bürger, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihren Ursprungsgebieten vertrieben wurden, bei der EU vorantreiben.

Der Wechsel an der Spitze der EUFV wird teilweise aber auch kritisch beurteilt. So deutet Einiges auch darauf hin, daß Dr. Lacotas Rückzug ein Akt der Resignation sein könnte. So habe er die deutschen Vertreter vergeblich gebeten, in Deutschland eine Serie von Informationsveranstaltungen mit ihm zu organisieren. Unklar ist auch der Status des Vertreters der sog. polnischen Vertriebenen, da deren Schicksal nur bedingt mit dem deutscher Vertriebener vergleichbar ist.

Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben, alles zu tun (Stewart Alsop, amerik. Journalist, 1914-1974)

Optimismus ist meist nur ein Mangel an Information.

Als der böhmische Thron erblich wurde: 800 Jahre Goldene Bulle von Sizilien

Die Urkunde wird präsentiert

Am 26. September 2012 wurde eine der wichtigsten Urkunden für die böhmischen Länder 800 Jahre alt: Stauferkaiser Friedrich II. gab am 26.9.1212 die Goldene Bulle von Sizilien heraus. Das Original wurde vom 27. bis 30. September in Prag ausgestellt. Sein gewöhnlicher Aufbewahrungsort ist die streng gesicherte Dokumentenkammer im Herzen der Prager Burg. Dort hängt es neben weiteren Urkunden der böhmischen Könige und Stände aus allen Jahrhunderten gleich an zweiter Stelle. Für die tschechische Geschichte ist dieses Pergament von großer Bedeutung, denn darin bestätigt Friedrich II. von Gottes Gnaden designierter Kaiser und König von Sizilien dem böhmischen König Premiysl Otokar I den Besitz des böhmischen Königreichs. Es wird ihm und seinen Nachfahren in Erblichkeit überantwortet, ohne dass Friedrich Ansprüche oder Zahlungen geltend macht.

Am 26. September 1212 hat damit das Adelsgeschlecht der Přemysliden den langen Kampf um die böhmische Krone für sich entschieden. Zwar hatte bereits Vratislav im Jahr 1085 erstmals die Krone erhalten, doch ohne Recht der Vererbung. Danach herrschte immer wieder Chaos in der Frage der Thronfolge in Prag. 1198 wurde Přemysl Otakar I. zum böhmischen König gewählt. Über Umwege wurde er zu einem Verbündeten des jungen Staufers Friedrich II. und setzte sich für seine Wahl zum Kaiser ein.
Die Goldene Bulle, die der frisch gewählte Kaiser noch im selben Jahr in Basel ausstellte, ist der Dank für Přemysls Einsatz. Sie legt fest, dass immer der erstgeborene Sohn der Thronfolger ist. Zudem regelt sie die Teilnahme der böhmischen Herrscher an den Reichstagen. Weitere Regelungen sind zudem in weiteren Einzelurkunden erhalten.

Premysl Otokar I

Goldenes Siegel der Begleiturkunden

Am 26. September 1212 in Basel gab Friedrich II. nicht nur diese eine Urkunde heraus, sondern zwei weitere Bullen, die auch mit einem goldenen Siegel versehen sind. In der ersten von ihnen erhält Přemysl die Burgen in den böhmischen Ländern entweder als direktes Eigentum oder als Lehen. Die zweite von ihnen ist nicht an Přemysl gerichtet, sondern an seinen jüngeren Bruder Jindřich.
Mit der Goldenen Bulle von Sizilien beginnt eine Blütezeit der böhmischen Länder, die dann Mitte des 14. Jahrhunderts in der Regierungszeit Karl IV. gipfelt. Als römisch-deutscher Kaiser gibt dieser selbst eine Goldene Bulle heraus, die den Vorläufer von 1212 bestätigt.

(Nach einer Reportage des Tschechischen Rundfunks)

Unsere Ideale haben vielleicht keine Zukunft, sehr wohl aber Ewigkeit.

Den Wert der Fernsehwerbung erkennt man erst, wenn sie eine Talkshow unterbricht.

ZUR EUROPA–STRUKTURDEBATTE: GEMEINSAME WERTE?

von Prof. Erhard E. Korkisch

Prof. E.E. Korkisch

Wie das Ansteigen der kritischen Stimmen zeigt wächst sich die ursprüngliche Bankenkrise seit 2008 zur Krise der EU samt Brüsseler Herrschaftsapparat aus. Dabei wird der Ruf nach einer neuen Struktur für Europa unüberhörbar.

Von Beginn an war die nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege erwünschte Konstruktion gemeinsamen Handelns auf wirtschaftlicher Basis erfolgt. Die Fixierung auf das damit verbundene Wachstumsdenken öffnete der Schuldenwirtschaft Tür und Tor, deren Auswüchse nach Einführung der Einheitswährung nicht sogleich erkennbar wurden. Durch ungebremste Spekulation der Banken, Lobbyismus der Wirtschaft, unkontrollierte Subventionierung und Korruption ist heute die Deregulierung der Finanzmärkte die Folge.

Mit Einzelaktionen wie Forderung nach politischem Zentralismus zur Rettung des EURO, Sozialabbau oder Transaktionssteuer gegen überbordende Spekulation verhandelt man über gemeinsames Vorgehen auf alter Grundlage.

Doch neue Stimmen weisen auf die notwendige geistige Verankerung europäischen Denkens, wie es Herbert Gruhl schon vor 40 Jahren ungehört gefordert hatte: “Der Mensch lebt nicht allein in selbstherrlichem Anspruch, seine Existenz erklärt sich in seiner Mitweltbindung und Verantwortung“. Das lenkt sein Handeln und Denken im europäischen Kontext auf die gemeinsamen Lebensgrundlagen und Gemeinsamkeiten seiner Kultur. Durch die wirtschaftliche Fokussierung wurde dies bislang in den Hintergrund gedrängt und durch gedankenlose (?) Multi-Kulti-Propaganda zu ersetzen versucht.
Die Identität muss also erst wieder gefunden werden für Europa.
Die antike Welt war noch auf den Mittelmeerraum beschränkt, doch mit Überlieferung ihrer Grundlagen war dies durch Karl dem Großen zum europäischen Objekt entwickelt worden und die „renovatio imperii romanorum“ im hohen Mittelalter verbreitete die kulturellen Inhalte auch im nordeuropäischen Raum als gemeinsamen Besitz. Die Besinnung darauf war der jeweilige Anfang der verschiedenen Renaissancen, der auch die Frage des natürlichen Haushaltens bewusst werden ließ, was heute als lebens-notwendige Prämisse für ein neues europäisches Zusammenleben verstanden werden muss.

Ein ebenso wesentlicher Bereich, um Glaubwürdigkeit und Überwindung von staatlichen Eigeninteressen und Egoismen zu erreichen, ist die Einhaltung der für alle verbindlichen Grundrechte, (s. Menschenrechte).
Nach fast 70 Jahren seit Kriegsende ist es ohne Beispiel, dass ein Gewaltverbrechen größten Ausmaßes wie die brutale Vertreibung von ca. 15 Millionen Deutschen und dabei über 2 Millionen Umgekommenen noch heute als „legitim, notwendig und unantastbar“ (2002 einstimmiger tschechischer Parlamentsbeschluss) Gültigkeit behält und die per Dekrete veranlassenden Staaten alle Vergünstigungen einer europäischen Mitgliedschaft beanspruchen können. Für das europäische Parlament genügte eines von drei eingeholten Gutachten eines deutschen Wissenschaftlers (Prof. Frowein) – obwohl eine Reihe weiterer Gutachten zu einem gegenteiligen Ergebnis kamen – um dieses unwürdige rechtliche Konstrukt als Grundlage für Tschechiens EU-Aufnahme zu erklären. Eine solche Fehlleistung ist nicht zukunftsfähig. Dazu kommt noch die Befreiung der Tschechischen Republik von der Grundrechte-Charta der Europäischen Union.

Unwillkürlich wird man an eine Aussage in der Dankesrede von Péter Esterházy anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 10.10.2004 erinnert, die diese Vorgänge folgendermaßen erklärbar macht:
„Die Deutschen haben die eigenen Vergehen beim Namen genannt, die eigenen Leiden haben sie nicht beim Namen genannt (s. Dresden, d.Verf.). Die eigenen Missetaten durch die deutschen Missetaten zu verdecken, ist eine europäische Gewohnheit. Der Hass gegen die Deutschen ist Europas Fundament in der Nachkriegszeit".

Diese Zeit sollte für ein neues Europakonzept vorüber sein und Recht und Wahrheit für Alle, auch für die Vertriebenen, wieder den gebührenden Rang für ein überzeugtes Zusammenleben der europäischen Vaterländer einnehmen. Verschweigen kann uns aber nicht zum erstrebten Ziel führen! Eine antike Weisheit lehrt:
„Qui tacet, consentire videtur" - wer schweigt, scheint zuzustimmen.
Und wer den Frieden will, darf Wahrheit und Gerechtigkeit nicht scheuen!

Zur Nachahmung empfohlen

Ausstellung „Brünner Bürgermeister 1850 – 1918"

in der Mährischen Landesbibliothek in Brno/Brünn

Die Ausstellung „Brünner Bürgermeister 1850-1918" wurde erstmals beim Sudetendeutschen Tag 2012 in Nürnberg gezeigt. Jetzt ist sie auch in Brünn /Brno zu sehen. Sie umfasst 11 Tafeln und betrifft jenen Zeitabschnitt, in dem für die Stadtentwicklung wichtige Weichen gestellt wurden. Damals prägten viele Gemeinsamkeiten das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen. Das gemeinsame Streben für Brünn und seine Bewohner führte zu einer rasanten Entwicklung der Stadt zu einer der modernsten Industriestädte Mitteleuropas. Weitsichtige Männer trafen wegweisende Entscheidungen, von denen die Stadt noch heute profitiert. Die Ausstellung dauert bis zum 31.10. 2012; danach kommt sie nach Wien!
Eröffnung am: 10. November, 15:30 Uhr, Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25 (2.Stock, SLÖ).

Mark Cornwall, The Devil´s Wall:

Biographie über Heinz Rutha

Mit Heinz Rutha hat sich die sudetendeutsche Zeitgeschichtsforschung wenig befasst. Der Grund ist seine Verwicklung in homosexuelle Vorfälle und sein darauf folgender Selbstmord am 3. November 1937. Man wollte damit möglichst wenig zu tun haben.
Jetzt aber hat der us-amerikanische Historiker Cornwall eine Biographie über Rutha verfasst, die von der Öffentlichkeit unbedingt wahrgenommen werden sollte. Zum einen leuchtet der Verfasser Ruthas Leben bis in ganz verborgene Winkel aus und zum andern enthält das Buch eine erfreulich objektive Wertung der Sudetenfrage, die teilweise wie eine Rehabilitation Henleins gelesen werden kann. Cornwall bezeichnet die Henleinbewegung als *homegrown* („Eigengewächs"), die fast bis zuletzt auf Unabhängigkeit von der reichsdeutschen NSDAP und auf eine Autonomielösung in den Grenzen der CSR setzte.
Erklärungsbedürftig ist vorab noch der Titel des Buches. Er lautet *„The Devil`s Wall",* also die „Teufelswand", und bezieht sich auf eine geologische Formation in Ruthas Heimat am Jeschken. Sie hat das Aussehen einer Mauer und soll nach der Volkssage vom Teufel zur Kennzeichnung der

deutsch-tschechischen Sprachgrenze errichtet worden sein (sh. Beitrag S.22!). Ruthas Leben wurde sehr bestimmt durch seine Herkunft von der Sprachgrenze.

Politische Haltung

Rutha war der wichtigste außenpolitische Berater Konrad Henleins. Er war Inhaber des Parteiausweises Nr. 2 und rangierte damit noch vor Dr. Walter Brand, der die Ausweisnummer 3 hatte.

Heinz Rutha lehnte den Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich ab und strebte nach der schon eingangs erwähnten Autonomielösung innerhalb der unversehrten Grenzen der CSR. Das war keine taktische Finte, sondern hing mit seiner Mitgliedschaft im Kameradschaftsbund zusammen. Dieser verfolgte ein ständestaatliches Konzept Spannscher Prägung, das mit dem Großdeutschland der NSDAP keine gemeinsamen Schnittmengen kannte. Die Nationalsozialisten verdächtigten den Kameradschaftsbund sogar, eine Abtrennung der Sudetendeutschen vom „deutschen Volkskörper“ und ihre „Verschweizerung“ zu betreiben. Viele Kameradschaftsbündler wanderten 1939 dafür sogar ins Gefängnis. So Dr. Walter Becher und Dr. Walter Brand; Becher für sechs Monate, Brand für sechs Jahre!

W. Churchill warf Chamberlain vor, die für Henlein so triumphalen Kommunalwahlen 1938 falsch ausgelegt zu haben, denn sie „hatten nichts mit einem Anschluß an Deutschland zu tun.“ Es ging nur um eine „eigene Verwaltung und eine eigenständige Stellung im tschechoslowakischen Staat.“ Churchill konnte sich bei dieser Äußerung auf die persönliche Aussage Henleins ihm gegenüber berufen. Der „Anschluss an das Reich“ gehörte deswegen auch nicht zu den acht Karlsbader Forderungen Henleins im April 1938 (vgl. Hans Meiser, Tschechen als Kriegstreiber, S. 431).

Dieser Gegensatz sorgte auch für das Gerücht, Rutha sei 1937 von der Gestapo Reinhard Heydrichs denunziert worden. Beweisen lässt sich das nicht. Fest steht nur, daß Heinz Rutha im Herbst 1937 von der csl. Polizei wegen des Verdachts der Homosexualität nach § 129 des csl. Strafgesetzbuches inhaftiert wurde und sich am 3. November 1937 im Gefängnis von Böhmisch Leipa das Leben nahm.

Die bürgerliche Existenz Ruthas

Geboren wurde Heinz Rutha am 20. April 1897 in Bad Kunnersdorf. Die Elementarschule besuchte er im nahen Oschitz. Mit zehn Jahren verbrachte Rutha ein Jahr „im Tschechischen“, um die „andere Sprache“ zu lernen. Danach wohnte er zwei Jahre lang bei seinem Stiefbruder Richard in Prag und besuchte eine der dortigen deutschen Realschulen. Die letzten fünf Realschuljahre bis zur Matura 1916 verbrachte er in Böhmisch Leipa. Trotz guter Noten ging er „nur“ zur Handelsakademie, um Deutsch und Englisch zu belegen. Vom Wehrdienst war er zunächst wegen eines vermuteten Herzfehlers befreit, was ihm 1917 den planmäßigen Abschluß an der Handelsakademie ermöglichte. Danach entlastete er für kurze Zeit seinen kränklichen Vater im elterlichen Geschäft. Bald aber meldete er sich erneut als Einjährig-Freiwilliger zur Armee und wurde jetzt als tauglich befunden. Er kam nach Budweis zur Artillerie. Im Frühjahr 1918 ging es an die italienische Front. Bei den meisten Soldaten vermisste er Initiative und wirklichen Patriotismus. Seine Fronterlebnisse waren so erschütternd, daß er zum Pazifisten wurde.

Heinz Rutha als Knabe mit Schwester Gretel, die nach der Vertreibung an der Mosel lebte und für die Rehabilitierung ihres Bruders eintrat..

Mitte November 1918 kehrte Rutha heim und widmete sich wieder dem elterlichen Mühlen- und Sägewerksbetrieb. Die damals in Prag grassierende spanische Grippe raffte zuerst seinen Stiefbruder Richard hin und bald danach seine Mutter, die Richard gepflegt hatte. Wirtschaftlich litt die Familie sehr unter dem Verlust der Kriegsanleihe. Die Ausbildung seiner Schwester Gretl zur Medizinerin wurde dadurch vereitelt. 1924 legte er die Prüfung als Müllermeister ab. Als 1928 sein Vater Adolf starb, lastete die Verantwortung für den Betrieb alleine auf ihm. Bald erweiterte er diesen um eine Schreinerei für anspruchsvolle Wohnzimmermöbel. Das Geschäft florierte, und er bot sieben Schreinern und zwei Lehrlingen einen Arbeitsplatz. Bei der Volkszählung 1930 gab er als Beruf „Architekt“ an, was natürlich etwas anmaßend war, denn außer den Meisterbrief des Müllers hatte er keine berufliche Qualifikation. Die Wirtschaftdepression zwang Rutha in den Jahren 1936/37 dazu, den Betrieb zweimal für mehrere Wochen pausieren zu lassen.

Politischer Werdegang

Rutha ging aber nicht als Müllermeister oder Architekt in die Annalen des Sudetendeutschtums ein, sondern als bedeutender Jugenderzieher und charismatische Führungsgestalt im Volkstumskampf. Der Weg dorthin verlief in drei Spuren. Diese waren die Wandervogelbewegung, die Turnbewegung und der Kameradschaftsbund.

Der **Wandervogelbewegung** gehörte Rutha seit 1909 an. In ihr bekleidete er 1916/17 sogar das Amt des Gauwarts, nachdem alle älteren Kandidaten an der Front standen. Nach dem Kriege formte er einige dieser Gruppen zur Sudetendeutsche Jungenschaft. Zum **Turnen** stieß er kurz nach seiner Rückkehr von der Front. Er wurde Mitglied des Turnvereins Oschitz und übernahm Aufgaben im Jugendbereich, bis er 1923 sogar Gau-Jugendwart war. Über das Turnen lernte Rutha auch Henlein kennen. Der **Kameradschaftsbund** entwickelte sich 1925 aus einer „Älterengemeinschaft" der Sudetendeutschen Jungenschaft. Als Verein konstituierte sich der Kameradschaftsbund erst 1930.
In allen drei Vereinigungen ging es um die Heranbildung Jugendlicher zu einer Elite, zu Persönlichkeiten, die im Volkstumskampf Schlüsselstellungen einnehmen konnten. Abseits des Turnens versuchte Rutha einen Schülerkreis im Stile Stefan Georges um sich zu scharen. Eine Rolle spielten auch Platon und die dort kultivierten Lehrer-Schüler-Verhältnisse.
In der Älterengemeinschaft übte Walter Heinrich, Schüler von Othmar Spann, maßgeblichen Einfluß aus. Die Gruppe nahm ihre selbstgewählten Ziele ernst und brach 1925 und 1927 zu je einer Studienreise in die Schweiz bzw. Belgien auf, um dort das Zusammenleben der Nationalitäten zu studieren. An der Reise in die Schweiz nahm auch Konrad Henlein teil.
Ruthas Stunde kam 1935 nach der Sensationswahl im Mai. Er entwickelte sich mehr und mehr zu Henleins außenpolitischem Berater mit eigenem Büro in Prag. Zunächst besuchte er Internationale Kongresse über Minderheiten- und Volksgruppenfragen. Schließlich wurden ihm diplomatische Missionen, auch in Groß Britannien, anvertraut. In der Heimat lag Heinz Rutha besonders der freiwillige Sudetendeutsche Arbeitsdienst am Herzen. Dafür schuf er in Wartenberg ein Zentrum, für dessen architektonische Ausgestaltung er sich sehr einsetzte.

Bildmitte: Rutha; links davon Henlein, rechts Dr. Brand

Jähes Ende

Mitten aus seinem Schaffen wurde Rutha im Oktober 1937 verhaftet und wegen Homosexualität in Untersuchungshaft gebracht. Erste diesbezügliche Angriffe musste er schon 1935 bei einer Turnertagung abwehren. Die neue Denunziation betraf aber den Umgang mit Minderjährigen, was die csl. Behörden bei aller sonstiger Liberalität auf diesem Felde zum Eingreifen zwang. Rutha entzog sich weiteren Untersuchungen durch Selbstmord in der Zelle. In den teilweise noch vorhandenen Akten der Staatsanwaltschaft Böhmisch Leipa gibt es Hinweise auf Vorfälle mit einem von Ruthas Schreinerlehrlingen und einmal mit einem jugendlichen Teilnehmer an einer Wanderfahrt.

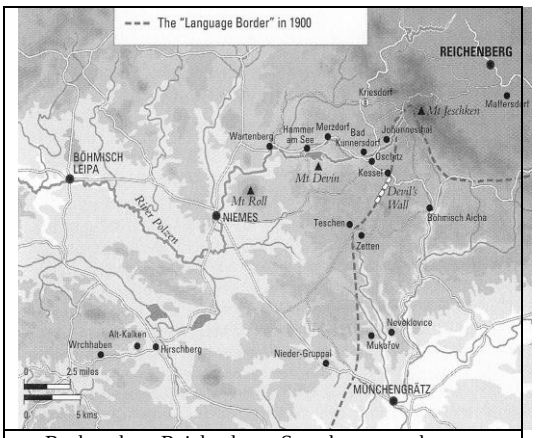
Ruthas letzte Fahrt

Ruthas Tod rief im Sudetendeutschtum größte Betroffenheit hervor. Junge Männer des Sudetendeutschen Arbeitsdienstes standen vor der Aufbahrungshalle Spalier mit geschultertem Spaten. Die Fahrt des Leichenwagens ging nach Reichenberg zum Krematorium, weil der Verstorbene testamentarisch seine Einäscherung verfügt hatte. Unterwegs standen die Menschen, angetan mit ihren Sonntagskleidern, an den Straßenrändern und warteten auf den Konvoi. Die Straßen waren mit Blumen bestreut. Näherte sich die Kolonne einer Ortschaft, läuteten die Glocken. Man hielt die gegen den Toten erhobenen Vorwürfe ja meist für üble Nachrede des politischen Gegners. So gab Ruthas letzte Fahrt Gelegenheit auch zu einer politischen Demonstration. *(F.V.)*

Heinrich Brüning trat 1919 in das Wohlfahrtsministerium des Landes Preußen ein und urteilte:
„Ich schätzte die preußische Ministerialbürokratie, weil noch alle Ausführungsbestimmungen mit der Hand geschrieben wurden und dadurch kurz, einfach und klar blieben" (Memoiren, Bd. 1, Stuttgart 1970, S. 62)

Die Teufelswand

Im Jeschkengebiet, nahe Reichenberg, gibt es eine geologische Formation, die Teufelswand genannt wird. Sie ist eine bis zu zehn Meter hohe Felswand und liegt direkt an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze.



Rechts oben: Reichenberg; Sprachgrenze schwarze Punkte; Teufelswand (=Devil`s Wall) weiße Punkte.

Über ihre Entstehung kursierte in der Gegend folgende Sage. Als sich einmal ein dort ansässiger deutscher Bauer sehr über einen Tschechen geärgert hatte, wünschte er sich eine Mauer zur Scheidung beider Nationalitäten. Da er sie selbst nicht bauen konnte, schloß er einen Vertrag mit dem Teufel. Der Bauer versprach diesem seine Seele, wenn er die Mauer errichtete. Die Wette galt aber nur, wenn die Mauer nachts gebaut würde und vor dem ersten Hahnenschrei fertig wäre. Der Teufel baute mit riesiger Geschwindigkeit und hatte die Mauer um Mitternacht schon fast fertig. Da aber bereute der Bauer plötzlich seine Wette, ohne aber einen Ausweg zu wissen. Die Rettung kam von seiner treuen Mutter. Sie scheuchte kurz entschlossen alle Hähne im Dorf aus der Nachtruhe auf und veranlasste sie so zum vorzeitigen Krähen. Der Teufel war überlistet und floh in Panik. Die halbfertige Mauer blieb zurück und markierte die dort verlaufende Sprachgrenze.

(Zur Erläuterung sei angefügt, daß die Teufelswand als geologische Erscheinung Jahrmillionen alt ist, die Sprachgrenze aber erst seit etwa 1850 ins Bewusstsein der Bewohner Böhmens drang. Den Anstoß dafür gab nicht zuletzt eine 1855 vom Statistischen Amt der Wiener Regierung angefertigte ethnographische Landkarte).

Eindrucksvolle Gedenkfeier in Lauterbach/Hessen

Im Rahmen der 1200-Jahrfeier des mittelhessischen Städtchens Lauterbach bei Fulda gedachten der örtliche BdV und die Kommune der Ankunft der Vertriebenen vor 66 Jahren. Lauterbach diente als Durchgangslager für insgesamt 36.500 (!) Vertriebene, darunter sehr viele Egerländer, die von dort aus auf die einzelnen Orte verteilt wurden. Zentrales Gebäude war dafür die 1905 errichtete Adolf-Spieß-Turnhalle, und es lag nahe, die Gedenkfeier in genau dieser Halle zu begehen.

Gedenkfeier in der Adolf-Spieß-Turnhalle zu Lauterbach

Unter den Anwesenden befanden sich noch viele Zeitzeugen, so auch der damalige Leiter des Lauterbacher Ordnungsamtes. Aus seinem für die Stadtchronik angefertigten Protokoll erfuhren die Zuhörer, daß der erste Vertriebenenzug für den 12. Februar 1946 um 2.30 h nachts angekündigt war. Rotes Kreuz und örtliche Feuerwehr begannen ihren Einsatz um 0.00 Uhr. Der Zug kam aus Fulda und traf mit nur geringer Verspätung ein. Er war der erste von insgesamt 45 in diesem „apokalyptischen“ Jahr dort eintreffenden Transporten!

Die Statistik zeigt, daß die Region um Lauterbach noch heute die größte Vertriebenendichte Hessens aufweist.

Ein Trost mag für viele Ankömmlinge der Anblick der Lauterbacher Turnhalle gewesen sein. Sie atmet wahren Jahnschen Turngeist und erinnerte die Vertriebenen an die große Turntradition in ihren Herkunftsgebieten. Sicherlich erschien sie daher vielen als etwas Vertrautes in der Fremde und hat die Eingewöhnung erleichtert.

Zum 100. Geburtstag Walter Bechers

Walter Becher als Redener am Sudendeutschen Tag 1973

Am 1. Oktober 2012 jährte sich der Geburtstag Walter Bechers zum hundertsten Male. Der Witikobund gedenkt seiner als Gründungsmitglied und als Vorsitzenden von 1956 bis 1958. Wie er in seinen Memoiren ausführt, geht auch der Name Witikobund auf ihn zurück, weil ihm die Gestalt aus Adalbert Stifters Roman Programm war: Das Rechte und Gute tun und dabei immer dem Grundsatz des „sanften Gesetzes“ verpflichtet sein (sh. „Zeitzeuge“, 1990, S. 188 ff.). Von 1968 bis 1982 war Becher Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.Bechers Geburtsort war das Weltbad Karlsbad, wo seine Familie seit 1530 nachzuweisen ist. Früh gehörte er zur örtlichen Gruppe des Wandervogels. Daher war er mitunter Zaungast bei Sitzungen des Kameradschaftsbundes. Seine dabei gemachten Beobachtungen schildert er farbig und erhellend in seinen Memoiren „Zeitzeuge“. Nach der Matura studierte Becher von 1931 bis 1936 Staatswissenschaften an der Universität Wien und promovierte bei Othmar Spann. Folgerichtig gehörte Becher auch zum „Kameradschaftsbund“, der von Walter Heinrich im Sinne der Lehren Spanns aufgebaut worden war. 1933 schloß sich Becher der Sudetendeutschen Heimatfront Henleins an. Als Journalist übernahm er 1938 das Resort Kunst-Wissenschaft-Unterhaltung bei dem NSDAP-Gauorgan „Die Zeit“. Ein Jahr später wurde er im Zuge der Prozesse gegen Angehörige des sudetendeutschen Spann-Kreises für sechs Monate in Dresden inhaftiert. Unnötig zu sagen, daß sein Mitgliedsantrag bei der NSDAP 1938 abgelehnt wurde.

Übergabe einer Petition an die UNO in New York

Ab 1940 nahm er als Soldat am Zweiten Weltkrieg teil, seit 1942 als Kriegsberichterstatter. Nach der Freilassung aus der Gefangenschaft kehrte Becher zunächst ins Sudetenland zurück, floh aber noch 1945 nach Bayern, wo er sich in der Vertriebenenbewegung engagierte. Im Juli 1945 gehörte er zu den Initiatoren der Sudetendeutschen Hilfsstelle, die sich als Kern einer neuen „sudetendeutschen Volksgruppenführung“ verstand, aber ein Jahr später von der US-Militärregierung aufgelöst wurde. 1947 beteiligte er sich an der Gründung des Sudetendeutschen Rates, dessen Generalsekretär er bis 1982 war. Von 1956 bis 1958 folgte das schon erwähnte Ehrenamt für den Witikobund. 1959 gründete Becher das Komitee zum Schutz der Bürger gegen Diffamierung durch die Linkspresse. 1968 wurde er zunächst stellvertretender Vorsitzender und danach bis 1982 Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In seine Amtszeit fielen die Planungen für das Sudetendeutsche Haus.

Die Vertriebenen verdanken Walter Becher viel. Seine Entwicklungsjahre fielen aber in eine unruhige Zeit, der es oft an richtiger Orientierung fehlte. Der Witikobund kennt die Arbeiten Bechers aus seiner Journalistenzeit sehr wohl und kann nicht alle billigen. Walter Becher hat aber seine Irrtümern eingesehen und sich in der Bundesrepublik stets im verfassungsmäßigen Rahmen bewegt. Er unterschied sich darin nicht von „Geläuterten“ kommunistischer Regime in Europa. Als Vertriebenenpolitiker vertrat er das Völkerrecht und die Menschenrechte wie sie in der UN-Charta formuliert sind.

Walter Becher starb am 25. August 2005 im hohen Alter von fast 93 Jahren. Er hat in der Zeit seines Ruhestandes seine Lebenserinnerungen verfasst, die ein wichtiges Zeitdokument sind. *(F.V.)*

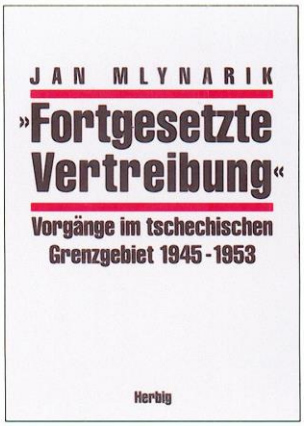
Terminhinweis:

Am 28.01.2013 (Montag) findet im Sudetendeutschen Haus die Jahresauftaktveranstaltung des Witikobundes statt. Programm und Anfangszeit werden rechtzeitig mitgeteilt und können in jedem Falle auch unserer Heimseite (www.witikobund.de) entnommen werden.

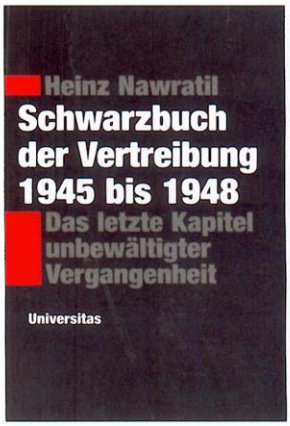
Bücher zur Zeitgeschichte

1496 S., ISBN 978-3-7844-2691-4
€ A 100,80

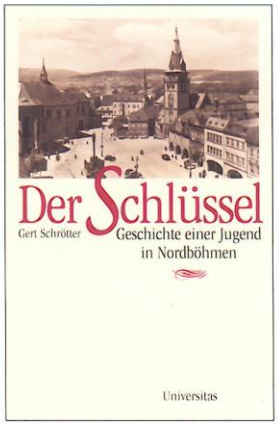
296 S., ISBN 978-3-8004-1416-1
€ A 20,50



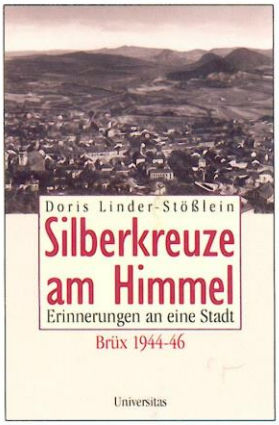
480 S., ISBN 978-3-7766-2291-1
€ A 41,10



248 S., ISBN 978-3-8004-1474-1
€ A 20,50



328 S., ISBN 978-3-8004-1459-8
€ A 20,50



352 S., ISBN 978-3-8004-1456-7
€ A 23,60

304 S., ISBN 978-3-7844-3046-1
€ A 17,40

240 S., ISBN 978-3-7844-3045-4
€ A 20,50

Buchverlage Langen*Müller* Herbig www.herbig.net